

zuonline 22. Juni 2020

Über 100 Unterschriften gesammelt

# «Bülach könnte noch mehr Geflüchtete aufnehmen»

Das Komitee «Bülach unterstützt Geflüchtete» möchte, dass die Stadt zwanzig besonders verletzte Personen aufnimmt. Der Stadtrat weist die Zuständigkeit von sich.

Flavio Zwahlen



Die Szenen, welche sich im syrisch-türkischen und im türkisch-griechischen Grenzraum abspielen, sind besorgniserregend.

Die Zustände im syrisch-türkischen und im türkisch-griechischen Grenzraum waren der Auslöser dafür, dass Dieter Liechti (SP) das Komitee «Bülach unterstützt Geflüchtete» initiierte. «In den Nachrichten wurden Anfang März die unvorstellbar dramatischen Zustände in jenen Gebieten beschrieben und bebildert. Davor will ich die Augen nicht verschliessen», begründete Liechti seinen Aufruf. Ziel des Komitees: Möglichst viele Unterschriften sammeln, sodass die Stadt Bülach einen namhaften Beitrag an die Flüchtlingshilfe spendet und zwanzig besonders verletzte Personen aufnimmt.

Inzwischen sind über hundert Unterschriften zusammengekommen. Auch der Stadtrat hat reagiert und meldete sich mit einer schriftlichen Antwort bei Initiant Liechti. Darin heisst es: «Auch der Stadtrat ist besorgt über die Zustände im syrisch-türkischen und im türkisch-griechischen Grenzraum, welche sich durch die Corona-Situation noch verschärft haben.» Aus diesem Grund habe die Stadt Anfang April im Rahmen der Auslandhilfe 15'000 Franken zugunsten der Flüchtlinge vor Ort an das Schweizerische Rote Kreuz überwiesen. Im Weiteren habe der Stadtrat beschlossen, 2020 zusätzlich zum normalen Auslandhilfe-Budget zugunsten der Flüchtlinge einen einmaligen Betrag über 50'000 Franken zu spenden. Dieter Liechti sagt: «Ich freue mich, dass die Stadt auf unseren Appell reagiert hat. Die 50'000 Franken sind ein ordentlicher Betrag.»

### **Kanton weist den Gemeinden Asylsuchende zu**

Liechti bemängelt aber: «Auf die Aufnahme von zwanzig besonders verletzlichen Geflüchteten geht der Stadtrat leider nicht ein.» In der schriftlichen Antwort heisst es dazu: «Während die Stadt Bülach im Bereich der Auslandhilfe selbstständig entscheiden kann, gestaltet sich die Situation im Bereich der zweiten Forderung grundsätzlich anders.» Heisst, dass Asylsuchende und Flüchtlinge nach der Bundeszuständigkeit zuerst den Kantonen zugewiesen würden. Der Kanton Zürich weise Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene dann den Gemeinden zu. Eine direkte Zusammenarbeit zwischen der dritten (Gemeinden) und der ersten (Bund) Staatsebene sei dabei nicht vorgesehen. «Von dem her haben Gemeinden dem Staatssekretariat für Migration keine Angebote zu machen, sondern ihre gesetzlich vorgesehenen Aufgaben im Asyl- und Flüchtlingswesen zu erfüllen.»

Dieter Liechti ist jedoch der Meinung, dass die Stadt ohne weiteres beim Bund anklopfen könnte. Es gebe keinen Grund, wieso die Kommunen kein Zeichen nach Bern schicken sollten. «In Bülach haben wir die nötige Infrastruktur, das Geld und die Leute dafür, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen.» Ihm sei aber bewusst, dass dies nicht alle Leute so sehen würden.